

blickpunkt

Nr. 253
Januar 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Höhere Löhne sind berechtigt

Laut und vielstimmig wird den Gewerkschaften eingeheizt. Schon im Vorfeld der Tarifrunde '92 wird mit Pauken und Trompeten versucht, öffentlich Stimmung zu machen für niedrige Lohn- und Gehaltserhöhungen. Die "Vier vor dem Komma" hat sich schon eingeschlichen. Von den Unternehmerverbänden über Kohl und Möllemann bis zu Sozialdemokraten ist man sich einig, daß die Löhne gedrückt werden müssen. Damit kündigt sich eine harte Tarifrunde an.

Arbeitnehmer werden zur Kasse gebeten

Die Liste der finanziellen Belastungen, die den Arbeitnehmern von der Bundesregierung zugemutet werden, wird immer länger:

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, dann wird die Mehrwertsteuer erhöht. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Arbeitnehmer. Zum Ausgleich soll die Gewerbesteuer abgeschafft werden.

Da die Abschaffung der Gewerbesteuer die Unternehmen entlasten soll, kann dies in der Praxis nur bedeuten, daß die Städte und Gemeinden weniger Geld in ihren Kassen haben werden.

Die Kosten unseres Gesundheitswesens steigen. Höhere Beiträge werden angekündigt. Gleichzeitig sollen die Leistungen der Versicherungen zusammengestrichen werden. Der Dumme ist immer der Arbeitnehmer.

Die höhere Zuzahlung zu Arzneimitteln ohne Festbetrag ab Juli 1993 ist jetzt endgültig. Dann gilt für diese Arz-

neimittel in ganz Deutschland eine Zuzahlung von 15 Prozent oder höchstens zehn DM.

Unerträgliche Ausmaße hat der explosionsartige Anstieg der Mieten angenommen. Und in dieser Situation erklärt ein Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, das Wohnen müsse deutlich teurer werden, um die zunehmende Wohnungsnot zu beheben.

Auch "Kleinigkeiten" werden teurer: Einst lauthals angepriesen, machen nun zunehmend steigende Gebühren das Kabelfernsehen zu einem teuren Vergnügen.

Unternehmer im Gewinnrausch

Im Klagen sind sie perfekt. Wollte man den Aussagen der Unternehmerverbände Glauben schenken, dann müßte die deutsche Wirtschaft schon oft zusammengebrochen sein. Daß sie aber keineswegs auf dem letzten Loch pfeift, das belegt zum Beispiel die Statistik über die Entwicklung der Gewinne:

Die Gewinne der "Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit", also im wesentlichen die Kapitalgesellschaften sind von 1980 bis 1990 netto um 176 Prozent gestiegen, ihre durchschnittliche Belastung mit Gewinnsteuern von 33,6 auf 21,4 Prozent gesunken.

Die Arbeitseinkommen haben dagegen nach den Abgaben nur um 38 Prozent zugenommen. Davon blieb im gesamten Jahrzehnt nach Abzug der Preissteigerungen für die Arbeitnehmer nur ein Kaufkraftanstieg von 7,1 Prozent übrig.

*Liebe "blickpunkt"-Leserin,
lieber "blickpunkt"-Leser,*

das neue Jahr hat kaum angefangen, die von SPD und GBL beschlossene Erhöhung des Wassergeldes von 1,40 DM auf 1,80 DM pro Kubikmeter ist gerade in Kraft getreten, da wird schon die nächste Anhebung des Wasserpreises angekündigt. Ab 1. April will das Land Hessen von den Kommunen eine "Grundwasser-Abgabe von 0,20 DM pro Kubikmeter geförderten Wassers erheben. Ca. 300.000 DM zusätzliche Ausgaben bedeutet das für die Stadt, die der 1. Stadtrat Vorn dran als Kämmerer gleich "umlegen" will.

Im Klartext heißt das: Ab April zahlt jeder Verbraucher 2,- DM für den Kubikmeter Frischwasser. 11,1% mehr als zum Jahresbeginn!

Nach Presseveröffentlichungen hat Herr Vorn dran noch etwas von "unvermeidbaren Kostensteigerungen" gesagt und daß er die Erhebung dieser Abgabe "nicht ursachengerecht" findet und daß es sich auf keinen Fall um eine erneute Gebührenerhöhung handelt.

Fakt ist: Die Zeche zahlt - wenn es nach dem Stadtkämmerer und der SPD/GBL-Rathauskoalition geht - wie immer der "kleine Mann", denn der kann nichts umlegen.

Der muß, wie jetzt zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst, um jeden Pfennig Lohnerhöhung kämpfen. Der wird, bei einer Forderung von 9,5 % mehr Lohn, von Kapital und Kabinett bis hin zur sozialdemokratischen Opposition zur "Mäßigung"

(Fortsetzung auf Seite 3)

Kurz notiert

Palazzo Protzo?

“Die Herrschenden setzen sich Denkmäler.“ Unter diesem Slogan könnte man die Pläne fürs Walldorfer Rathaus kommentieren. Fakt ist - und von allen politischen Parteien anerkannt, daß die Verwaltung unserer Stadt unzureichend untergebracht ist. Da das Walldorfer Rathaus “in die Jahre gekommen ist“ und eine Sanierung schon wegen der Energiekosteneinsparung notwendig ist, bietet es sich an, daß dieses Gebäude abgebaut und erweitert wird. Zwischen dem Sanierungs- und Erweiterungsbedarf einerseits und dem repräsentativen Darstellungswunsch andererseits bewegt sich der kommunalpolitische Streit. Die Frage, ob Fraktionsräume notwendig sind, darf doch erlaubt sein. (Wir wollen jedenfalls keine). Ebenso ist auch die Frage nach der Notwendigkeit eines - möglichst repräsentativen - Stadtverordneten-sitzungssaals, der etwa 5mal im Jahr für derartige Zwecke Verwendung findet, zu stellen. In Mörfelden ist für die Parlamentssitzungen das Bürgerhaus gut genug. Nun sind für den Umbau des Walldorfer Rathauses Bausummenschätzungen von 10 bis 12 Millionen Mark genannt. Wer will das eigentlich verantworten?

Rudi Dötsch

Gefährliche Grabpflege

Vor kurzem stürzte eine Frau während der Grabpflege auf dem Mörfelder Friedhof, so unglücklich, daß Sie sich einen komplizierten Trümmerbruch des Ellenbogens zuzog. Längerer Krankenhausaufenthalt mit Operation war die Folge.

Die Frau hatte an einem Urnengrab zu tun, wobei es unvermeidlich ist, auch zwischen die Gräber zu treten. Hierbei verklemmte sich der Schuh im engen Zwischenraum zwischen der Einfassung und die Frau stürzte

zu Boden. Wie in Erfahrung zu bringen war, haben sich schon mehrere Personen auf diese Art verletzt.

Wiederholt hat im Laufe der letzten Jahre DKP-Stadtrat Heinz Hechler, im Magistrat den Bürgermeister darauf hingewiesen, daß im Bereich der Urnengräber eine Veränderung der Einfassungen notwendig ist. Durch die sehr engen Zwischenräume besteht erhebliche Unfallgefahr für jeden der bei der Grabpflege zwischen die Einfassungen tritt. Die Hinweise wurde bis heute nicht ernst genommen und neue Urnengrabfelder wurden inzwischen weiter in dieser Art angelegt. Empfohlen wurde von der DKP, die Urnengräber so anzulegen, daß nur hinten und vorne durchgehende Einfassungsleisten verlaufen und dazwischen lediglich Trittplatten verlegt werden wie dies bereits bei den Erdbestattungsgräbern praktiziert wird. Diese Lösung käme für die Angehörigen sogar kostengünstiger.

Höhere Wasserpreise - Sparen kostet Geld

Sie lesen richtig. Die Wasserpreise kommen nicht zum Stillstand. War es die Stadt, die ab 1. 1. 1992 die Gebühren um 40 Pfennig auf 1,80/cbm DM an hob, so ist es nun das Land Hessen, das von jedem geförderten cbm 20 Pfennig haben will. “Grundwasserabgabe“ heißt die neue Steuer. In anderen Bundesländern (z. B. Baden-Württemberg) gibt es ähnliches - wie der Kohlepfennig jetzt der Wasserpfennig. Mit den Einnahmen will das Land Hessen Einsparungsmaßnahmen für das wertvolle Lebensmittel Wasser finanzieren. Tritt nun der Fall ein, daß die höheren Wasserpreise eine drastische Reduzierung des Wasserverbrauchs bewirken, so reicht evtl. der “Wasserpfennig“ für die Kosten der Einsparung nicht aus. Man müßte also die Wasserabgabe erhöhen. Aber damit sind wir schon eine Runde weiter - wenn auch zeitlich nicht allzu weit voraus. RD

Erste Erfolge bei den Radwegen

Nachdem die DKP-Fraktion sich seit über einem Jahr, in mehreren Anläufen, mit Anträgen zur Verbesserung der Radwege in unserer Stadt und in der Umgebung, in der Dezember-Sitzung im Stadtparlament durchgesetzt hat, zeichnen sich inzwischen erste Erfolge ab. Begleitet wurden unsere Anträge für eine fahrradfreundlichen Stadt wiederholt mit Informationen und Verbesserungsvorschlägen, aber auch mit Leserbriefen im “blickpunkt“. Dieses hartnäckige an der Sache bleiben hat sich gelohnt. Insgesamt stehen im Haushaltsplan 1992 für diese geforderten Verbesserungen mehrere hunderttausend Mark zur Verfügung. Damit kann schon einiges getan werden. Bürgermeister Brehl kündigte in den Ausschusssitzungen an, daß im März 1992 ein Konzept über die weiteren Schritte der Radwegeverbesserungen vorliegt. Auch ein Antrag der DKP über die Anschaffung von Fahrradständern und überdachten Fahrradabstellplätzen, an zentralen Punkten unserer Stadt, wurde beschlossen.

Ein weiterer Erfolg ist zu vermelden: Der Weg, am Naturfreundehaus vorbei in Richtung Süden, im September-“blickpunkt“ noch kritisiert, da sich ein Schlagloch neben dem anderen befand, wurde inzwischen hergestellt und wie uns Bauamtsleiter Guck mitteilte, werden in Kürze an einigen Stellen in der Stadt Randsteinabsenkungen vorgenommen.

Heinz Hechler

Schließbürgerstreich

In den “Amtlichen Bekanntmachungen“ war’s zu lesen - es gibt jetzt bundeseinheitliche Schlüssell für behindertengerechte Einrichtungen in der Stadt. (Eine gute Sache!) Bei den aufgeführten behindertengerechten Toiletten ist auch die im Gewölbekeller des “Goldenen Apfels“. Wie ein Rollstuhlfahrer die lange, steile Treppe runterkommen soll stand nicht in den “Amtlichen Bekanntmachungen“.

(Fortsetzung von Seite 1)

ermahnt und muß zusehen, daß er nicht ständig einem Kaufkraftverlust nachläuft. Und dem wird als Bürger vom Präsident des Städte- und Gemeindebundes Bernrath (SPD) angekündigt, die Forderungen der ÖTV führten zu Leistungskürzungen, Personalabbau, Höherverschuldung oder Rückgängigmachung von Investitionen in den Kommunen. Das nennt man hierzulande Tarifautonomie.

Diese zwei kleinen Beispiele machen deutlich, was den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen und den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden auch in diesem Jahr wieder ins Haus steht: Ein zähes Ringen um gerechte Tarife und Abgaben, an dem hoffentlich viele teilnehmen werden - und das mit einem langen Atem.

Die DKP Mörfelden-Walldorf wird mit ihren Kräften vor Ort im Stadtparlament und außerparlamentarisch deutlich machen, daß sie im Kampf um höhere Löhne und gegen Gebührenerhöhungen an der Seite der "kleinen Leute" steht. Die "Rot/Grüne" Rathauskoalition wird Farbe bekennen müssen.

Gerd Schulmeyer
Vorsitzender der DKP Mörfelden-Walldorf

**blick
punkt**

Unser
Spendenkonto:

Kreissparkasse
Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Nach dem Ende der Sowjetunion

Zum ersten Mal seit sieben Jahrzehnten begann das neue Jahr ohne die Sowjetunion. Der letzte symbolische Akt ihrer Auflösung vollzog sich in den Weihnachtstagen wenig bemerkt von der Welt und fast unbemerkt in Moskau selbst: Der Flaggenwechsel über dem Kreml.

Vierundsiebzig Jahre lang hatte dieser Staat die Weltpolitik mitgeprägt wie kein anderer. Die Oktoberrevolution 1917 mit ihrem Anspruch, eine Gesellschaft des Friedens, der Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, der Gleichberechtigung aller Menschen zu errichten, war eine epochale Herausforderung für die kapitalistische Welt. Sie nahm sie auf ihre Weise an, indem sie die Sowjetunion mit Krieg überzog. Nur wenige Jahre friedlicher Entwicklung waren ihr vergönnt zwischen Intervention, Überfall des faschistischen Deutschlands, kaltem Krieg.

So groß die Opfer waren, die den sowjetischen Menschen abverlangt wurden, so widerstanden sie doch allen äußeren Angriffen, schlugen Aggressoren zurück, befreiten als Hauptkraft der Anti-Hitler-Koalition Europa vom deutschen Faschismus. In den letzten Jahren forderte das Wettrüsten, die weltweite Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen unvorstellbare finanzielle Mittel. Der Lebensstandard konnte nicht mehr angehoben werden, viele Probleme waren nicht zu lösen. Trotzdem: Der Untergang der Sowjetunion wurde letztlich nicht von außen erzwungen. Er war die Folge ihrer inneren Fehlentwicklung. Die Ideale der Oktoberrevolution, die Ziele des Sozialismus wurden nicht zum Leben erweckt, sondern ein bürokratisch-diktatorisches System wucherte, das Freiheit und Demokratie einengte, in dem es in der Stalinzeit unzählige Opfer gab, das die Produktivkräfte hemmte und nicht in den Dienst der Menschen stellen konnte.

Kaum jemand kann vorhersehen, wohin sich die nun selbständigen Republiken der ehemaligen Union entwickeln werden. Hoffnungen und Ängste liegen dicht beieinander. Klar zu erkennen ist nur der Triumphalismus des kapitalistischen Systems, das nun scheinbar uneingeschränkt die Welt zwischen San Francisco und Wladiwostok beherrschen wird. Aber dieses System hat bisher keinerlei

Beweis dafür erbringen können, daß es in der Lage wäre, das Überleben der Menschheit zu sichern. Im Gegenteil, seine Triumphe verschärfen die globalen Probleme täglich. Dieses System kann nicht das letzte Wort der Geschichte sein, wennes denn eine menschliche Geschichte auch künftig geben soll.

Das Ende der Sowjetunion darf nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß dieses Land über Jahrzehnte hinweg für Millionen Menschen, für ganze Völker dieser Erde eine Hoffnung war. Ihre Existenz schien zu beweisen, daß ein Ausweg möglich ist aus dem ewigen, teuflischen Kreislauf von Kriegen, Eroberungen, nationaler, kolonialer, sozialer Unterdrückung. Viele revolutionäre soziale Bewegungen, antikolonialistische nationale Befreiungsbewegungen sahen in der Sowjetunion ihren Verbündeten, auf den sie sich stützen konnten. Sie war ihr Freund, schon weil sie der Feind ihrer Feinde war. Ohne die Existenz der Sowjetunion wäre das klassische Kolonialsystem nicht so schnell beseitigt worden. Ihr Einfluß auf die Kompromißbereitschaft der Herrschenden in den sozialen Kämpfen zumindest der europäischen kapitalistischen Industriestaaten ist unbestritten.

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Die Welt ist nicht sicherer geworden. Die USA denken nicht daran, ihr gewaltiges Nuklearpotential zu vernichten. Der selbsternannte Weltgendarm stößt kaum noch auf staatlich organisierten Widerstand. Wer stellt sich dieser "neuen Weltordnung" entgegen?

Für alle, die nach einem demokratisch sozialistischen, das heißt humanen Ausweg aus der gegenwärtigen Zivilisationskrise suchen, ist der Niedergang der Sowjetunion eine schmerzliche, aber wahrscheinlich historisch unerläßliche Erfahrung. Möglicherweise wird die Wiederbelebung der wissenschaftlichen Methode zum Bau einer gerechteren Welt erleichtert.

Die Vision einer von Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg, Hunger, Elend befreiten und sich in die Natur einordnenden und dadurch befreiten Menschheit bleibt. Sie hat die Jahrhunderte überdauert. Wenn wir dieser Vision näherkommen und wahrscheinlich nur dann, werden die Menschen, wird diese Erde leben.

Diese Vision wird auch die bittere Niederlage der Oktoberrevolution, das Ende der Sowjetunion überdauern und letztlich zur Beschleunigung von Prozessen beitragen, die entweder zum Untergang der Zivilisation oder zu einer solidarischen, gerechten menschlichen Gesellschaft führen.

Wohnungsbau und Ökologie

In nachfolgenden Zeilen sollen einige Fragen der Ökologie und des Wohnungsbaus behandelt werden. Nicht berücksichtigt werden die Verwendung ökologischer Baumaterialien und alternative Energien, sondern vorwiegend der Verbrauch von Naturlandschaft.

Der Umweltminister Töpfer reist durch die ganze Welt und verkündet überall seine Weisheiten über die Erhaltung der Ökologie und des Naturschutzes. Den Weg zum Nachbarministerium, zur Bauministerin Schwaetzer findet er allerdings nicht. Auch ist nicht bekannt, daß er jemals Einspruch im Bundestag oder in der Ministerrunde gegen die Bauprogramme erhoben hat. Das ist schon erstaunlich, denn alle Bauprogramme haben zum Inhalt, daß sie einerseits riesige finanzielle Vorteile für die Gutverdienenden enthalten, und auf der anderen Seite eben durch die Förderung von Eigenheimen einen enormen Naturverbrauch mit sich bringen.

Hierzu einige Zahlen:

Im Jahre 1987 wurden 196 112 Wohnungen gebaut, davon 150 924 in Ein- und Zweifamilienhäusern das sind 76,7 Prozent.

Im Jahre 1988 wurden 185 946 Wohnungen gebaut, davon 149 387 in Ein- und Zweifamilienhäusern das sind schon 80,3 Prozent.

Werden für jedes Ein- und Zweifamilienhaus für die Grund- und Gartenfläche nur 200 Quadratmeter gerechnet, so beträgt allein der Verbrauch in den beiden angegebenen Jahren rund 60 Millionen Quadratmeter!

Hinzu kommt, daß diese Häuser fast immer außerhalb der Stadt im Grüngürtel gebaut werden, weil hier der Boden billiger ist als in der Stadt. Die Folgen für die Ökologie sind hierbei vielfältig.

Hierzu einige Beispiele:

Straßenbau: Damit die 300 000 Häuser, die in den genannten Jahren gebaut wurden, erreichbar sind, müssen größere Anschlußstraßen mit vielen kleinen Stichstraßen gebaut werden. Dazu kommen Parkplätze, Fußwege und Fahrradwege. Verlegt werden Versorgungs- und Entsorgungsleitungen. In der Bundesrepublik gab es 1988 bereits 490 150 Kilometer Straßen, die in allererster Linie Gemeindestraßen waren.

Heizanlagen: In den meisten Fällen hat jedes Haus eine eigene Zentralheizung und Warmwasserbereitung. Das bedeutet, es wurden 1987/88 etwa 300 000 Heizanlagen gebaut, die die Luft nachhaltig verschmutzen.

Kraftfahrzeuge: In den meisten dieser kleinen Siedlungen gibt es keinerlei Einkaufsmöglichkeiten, keine Kindergärten und Schulen. Auch Ärzte müssen in der nächstgelegenen Stadt aufgesucht werden. Ein Zweitwagen in der Familie ist fast unerlässlich, da der Nahverkehr durch die öffentliche Hand immer weiter eingeschränkt wird. Die Folge davon ist, daß heute bereits nicht nur auf den Autobahnen, sondern auch auf den Gemeinde- und Kreisstraßen ständig Staus entstehen, und nahegelegene Städte, auch Kleinstädte, versuchen, den Verkehr mit Ampelanlagen in Fluß zu halten.

In den Städten müssen für diese außerhalb Wohnenden ständig Parkplätze bereitgehalten werden, oder die Großstädte richten am Stadtrand sogenannte Park-and-ride-Plätze ein, wie z. B. in München. Dort wird bestes Bauland in Stadtnähe für 14800 Autos bereitgehalten. Zusammengefaßt ist das eine Fläche von 60 Fußballfeldern. Würden diese Plätze mit Mehrfamilienhäusern bebaut werden, wären Tausende Autos überflüssig. Andere Städte versuchen, die draußen wohnenden Menschen durch hohe Parkgebühren fernzuhalten. Es gibt heute bereits Planun-

gen, ab 1992 in München Parkgebühren von fünf Mark und in Düsseldorf von vier Mark pro Stunde zu kassieren.

Hier wird der ganze Widersinn der Förderung von Einfamilienhäusern mit Steuermitteln sichtbar. Die Verkehrsdichte in den Landkreisen wächst ständig. So gibt es beispielsweise auf je 1000 Einwohner in den Landkreisen Pinneberg 577, Segeberg 671 und Rendsburg Eckernförde 591 Kraftfahrzeuge.

Umweltschonender Wohnungsbau:

Ein umweltschonender Wohnungsbau kann nur mit dem Mehrfamilien-Wohnungsbau erreicht werden. Das bedeutet jedoch nicht daß die Fehler der 50er und 60er Jahre wiederholt werden, nämlich der Bau von riesigen Wohnsilos oder Satelliten-Städten. Eine Lösung zwischen Eigenbau und unpersönlichem Hochhaus sind Mehrfamilienhäuser mit zwei bis maximal drei Etagen und entsprechender Grünfläche. In solch einem Wohnungsbau könnten auf der Fläche von zwei Eigenheimen im Etagenbau neun bis 12 Familien Wohnung finden.

Diese Häuser könnten in Stadtnähe errichtet werden, so daß auch der Nahverkehr kürzere Wege hätte und rentabel wäre. Gleichzeitig könnten Wohnungen und Arbeitsplätze näher zusammengerückt. Überhaupt müßte bei der Planung des Wohnungsbaus berücksichtigt werden, daß Arbeitsplätze, Bildung, Einkauf in einem Zusammenhang gestaltet werden.

Wenn hier keine Umkehr erfolgt, entstehen langsam amerikanische Zustände. Dort ist die Trennung von Wohnort, Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeiten und Bildungsstätten perfekt. Die Stadt New York mag hier als abschreckendes Beispiel dienen. Die Stadt hat 7,5 Millionen Einwohner, aber mit den Pendlern, die mit Autos und Nahverkehrsmitteln anreisen, sind täglich 13 Millionen Menschen in der Stadt. Es gibt Städte mit vorwiegend Arbeitsplätzen und weit nach draußen verlagerten Wohnstätten, so daß Fahrwege und Arbeitszeiten zusammen einen täglichen 12-Stunden-Rhythmus ergeben.

Im Bauwesen muß die ökologische Betrachtungsweise stärker als bisher im Vordergrund stehen. Die Steuermittel dürfen nicht weiter für den Raubbau an der Natur ausgegeben werden, denn die Beseitigung der Wohnungsnot kann gleichzeitig umweltschonend geschehen.

Wohnen - ein Menschenrecht

In Deutschland fehlen etwa drei Millionen Wohnungen. Um die Wohnungsnot zu beenden, müßten bis zum Jahr 2000 jährlich 375 000 Wohnungen neu gebaut werden, davon etwa 100 000 in den neuen Bundesländern. Ob das aber mit der jetzigen Wohnungspolitik machbar wird, ist fraglich.

Der freie Markt kann die Wohnungsnot nicht lindern. Notwendig ist ein Programm des sozialen Wohnungsbaus, für das langfristig mindestens acht Prozent des Gesamthaushaltes eingesetzt werden müßten. Durch Kürzung des riesigen Verteidigungshaushaltes von 52 Milliarden DM wäre dies durchaus finanzierbar.

Das Recht in einer Wohnung zu leben, gehört schließlich zu den elementaren Menschenrechten. Kein Politiker der etablierten Parteien bestreitet das - solange es sich nur um eine unverbindliche Aussage handelt.

Aber in dem Augenblick, wo gefordert wird, dieses Menschenrecht in die Verfassung aufzunehmen, hört der Spaß auf.

Dann wird doziert, daß so etwas in einer freiheitlich-demokratischen Verfassung absolut nichts zu suchen habe.

Warum nicht? Das seien nämlich nichts als "utopische oder sozialistische Vorstellungen", und eine liberalfreiheitliche Verfassung dürfe nicht mit "ideologisierenden Utopismen" oder mit "reiner Verfassungsslyrik" belastet werden.

Das ist Klartext. Die Bundesrepublik mit ihrer als sozial bezeichneten Marktwirtschaft gehört zu den reichsten Staaten der Welt. Aber das Menschenrecht auf's Wohnen will sie sich in ihrer Verfassung nicht leisten. Dies könnte nämlich die Kapitalverwertung auf dem Wohnungsmarkt behindern, wenn es von Bürgern eingeklagt wird.

Zur Erinnerung: In der kleineren und ärmeren DDR stand dieses Recht im Artikel 37 ihrer Verfassung.



Spekulationsobjekt

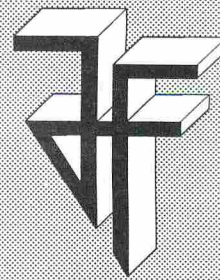
Wohl dem, der heute ein preisgünstiges Dach über dem Kopf hat. Die verfehlte Wohnungspolitik der letzten zehn Jahre hat zum größten Wohnungsproblem geführt. Im unserem Ballungsraum ist die Situation dramatisch. Mit Macht versucht nun die öffentliche Hand (Kommunen, Kreis und Land) den sozialen Wohnungsbau wieder neu zu beleben, nachdem die Christdemokraten ihn für überholt und antiquiert hielten und auslaufen ließen. Dabei wissen wir alle, daß die heutigen Bauaktivitäten nur ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein bedeuten. Immer noch wird Wohnraum in gewerbliche Räume umgewidmet oder leerstehend gelassen.

So machte sich Stadtrat Treber unpopulär, als er den Hausbesitzern ein Schreiben schickte, welches das Problem der Wohnungsnot anspricht und an den guten Willen appelliert, Wohnraum dem "Markt" zur Verfüg-

ung zu stellen. Treber hätte noch weiter ausführen können, daß es Notstandsgesetze gibt, daß Wohnungszwangsbewirtschaftung als gesetzliche Grundlage existiert. Wer ein Mehrfamilienhaus baute, hat im Gegensatz zum Eigenheim- oder Eigentumswohnungsbesitzer doppelt soviel Abschreibung tätigen können. Daher dürfte die zumindest moralische Verpflichtung abgeleitet werden, daß dieser Wohnraum auch vermietet wird

Wo ein Grundrecht (hier das Recht auf Wohnen) zur Ware wird, gerät die Wohnung zum Anlage- und Spekulationsobjekt. Je knapper das Angebot, je höher der Preis. Daß die Hälfte des Monatseinkommens für die Miete draufgeht, ist längst keine Ausnahme mehr. Das Problem kann aber in Mörfelden-Walldorf nicht allein gelöst werden. Wer der weiteren Industrieansiedlung in unserem Ballungsgebiet das Wort redet, verschärft die Lage noch mehr.

Rudi Dötsch



Jaekel und Fröbig

Bauunternehmen

Martinstraße 32
6087 Büttelborn
Telefon 061 52/53237
und 81409

**Maurerarbeiten
Außenanlagen
Umbau - Ausbau**

FRAUENTREFF

Auf der jüngsten Jahreshauptversammlung des Vereins Frauentreff Mörfelden-Walldorf wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Dem Vorstand gehören an: Ellen Lutter, Gertrud Umstätter, Helga Fritz, Erika Kirsch und Hanna Krapf.

Veranstaltungen im Frauentreff

Freitag, 31. 1., 20.00 Uhr

Wer hat Lust einen Babysitterdienst mitaufzubauen? Infos bekommt frau im Frauentreff

Dienstag, 4. 2., 19.30 Uhr

"Frauen und AIDS" - Frau Schwieger, AIDS-Hilfe Darmstadt

Dienstag, 11. 2., 20.00 Uhr

"Reisebericht aus Minsk und Bychow" - Claire Linke Friedensinitiative



Immer mehr?

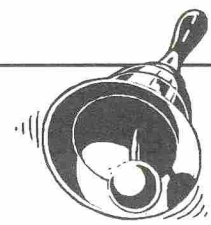
Nach den Plänen der Luftverkehrsgesellschaften wird der Flugverkehr bis zum Jahre 2000 um mindestens 50 Prozent zunehmen. Einige Prognosen gehen gar von einer Verdoppelung aus. Selbst die Vertreter der großen Fluggesellschaften räumen ein, daß diese rasante Entwicklung auch Schattenseiten hat. Dem ungezügelter Aus- und Neubau von Flughäfen fallen große Landschaftsgebiete zum Opfer, Flughafenanwohner sind massiven Lärmbelastungen ausgesetzt, endlose Warteschleifen in der Luft sowie Startverzögerungen wegen "Überfüllung" des Luftraumes verärgern die Passagiere und kosten Millionenbeträge. Bislang jedoch wurde der Luftverschmutzung durch Flugzeugabgase kaum Beachtung geschenkt, wohl deshalb, weil der Anteil der Emissionen durch den Flugverkehr im Vergleich zu anderen Emissionsquellen noch relativ gering schien.

Untersuchungen von Mitarbeitern des Bundesgesundheitsamtes (BGA), Berlin, im Bereich des Frankfurter Flughafens ergaben, daß Kohlenwasserstoffe und Stickoxide zur Luftbelastung merklich beitragen. So haben auch die Auswertungen der Meßprogramme des BGA auffällig hohe Werte für die sogenannten polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe gezeigt. Ein wichtiger Vertreter dieser Stoffklasse ist das Benzo-a-pyren. Im Tierversuch und auch beim Menschen ist eindeutig nachgewiesen worden, daß Benzo-a-pyren Krebs erzeugt und das Erbgut verän-

dert. Auch Benzol, eine andere aromatische Verbindung, kann Krebs verursachen. Es ist ein Bestandteil im PKW-Benzin und in Flugzeugtreibstoffen. Durch die hohen Abgaskonzentrationen und die Kerosindämpfe auf dem Flugfeld ist das Bodenpersonal einem erhöhten gesundheitlichen Risiko ausgesetzt.

Die Untersuchung der Luftqualität an Flughäfen ergaben Ende der siebziger Jahre in der Regel niedrige bis mäßige Immissionskonzentrationen. Allerdings zeigten die Ergebnisse auch, daß die Flugzeugabgase auf dem verkehrsreichen Flughafen Frankfurt sich insbesondere durch die Stickoxid-Immissionen bemerkbar machten. Stickstoffdioxid, die wichtigste Verbindung der Stickoxide, ist ein Reizgas, das vorwiegend auf die tieferen Atemwege einwirkt. Es führt bei Menschen mit chronischer Bronchitis und Asthma zu Atembeschwerden.

In Flugzeugabgasen kommen noch weitere Luftschadstoffe wie Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid vor, die prinzipiell gesundheitsschädlich sind. Viele Auswirkungen des wachsenden Flugverkehrs sind allerdings noch lange nicht erforscht. Man muß deshalb jegliche Bagatellisierungsversuche der FAG oder anderer Stellen entschieden zurückweisen. Notwendig sind neue Forschungen über die Auswirkungen des Flugverkehrs auf die Menschen im Flughafenumland, notwendig sind letztlich Schritte gegen das ungebremste Wachstum des Flugverkehrs.



»Quantitative und qualitative Optimierung«

... wird es jetzt am Flughafen geben, sagte Hessens Finanzministerin Annette Fugmann-Heesing nach der letzten FAG-Aufsichtsratsitzung.

Was das heißt?

Das heißt:

Statt 68, demnächst 80 Flugbewegungen pro Stunde.

Großraumjets mit 800 Sitzplätzen (und entsprechenden Triebwerkabgasen).

Steigerung der jährlichen Flugbewegungen von jetzt 319800 auf 400000 im Jahre 2010.

Das heißt vor allem, der Flughafen soll noch näher nach Walldorf rücken. Auf dem jetzigen Air-Base-Gelände sollen Abstellflächen, Vorfelder und ein großes Frachtzentrum entstehen.

Ob auch Wald fällt? Dazu sagte die SPD-Ministerin nichts - das formulierte aber der stellv. FAG-Aufsichtsratsvorsitzende Schölch vor ein paar Wochen deutlich: "Die FAG", so Schölch, "ist Eigentümerin des Air-Base-Geländes. Dort gibt es 35 ha Wald im Süden - wir wollen nicht alles sofort roden - aber wir haben Anspruch darauf - es muß klar sein, das wir das wollen".

Jetzt müßte eigentlich bei allen örtlichen Parteien die Alarmglocke läuten!

Zur Lage im Protektorat

Da geht mir doch ein Kanzlerwort nicht aus dem Sinn. Am 3. Oktober 1990 beim Berliner Oktoberfest-Anstich beliebte er zu formulieren, man solle nicht mehr sagen "hüben und drüben".

Was dann? Wahrscheinlich oben und unten. So fahren denn unsere Unternehmer hurtig nach drüben -nein, korrekter: unsere Unternehmer nach unten, mit Säcken voller Glasperlen. den Eingeborenen von Deutsch-Ost ihre Werte einzutauschen. Es heißt ja auch Kohlonie. Natürlich geht es ihnen dabei nur um die Sanierung (Sanieren ist bekanntlich das Fremdwort für absahnen). Sie wollen helfen, sagen sie, die marode Wirtschaft zu sanieren. Eben: die der alten Bundesländer.

Das ist beweisbar. Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" überschrieb im Wirtschaftsteil unlängst einen Artikel mit der Schlagzeile: SCHOKOHUNGER IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN RETTET SPRENGEL. Herzlichen Dank, liebe Brüder und Schwestern! Es sind genau 350 Arbeitsplätze, die Ihr hier in Hannover gerettet habt. Zur gleichen Zeit wurden in der Schokoladenindustrie der neuen Bundesländer 700 Mann entlassen. So steht es im Einigungsvertrag: 2:1.

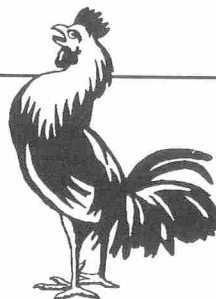
Ich finde, das Ganze ist eine fühlbare Wirtschaftshilfe der Bevölkerung der neuen Bundesländer für die Großindustrie der alten. Nun kann man eigentlich nur hoffen, daß die Ossis Helmut Kohl ultimativ auffordern, sofort fühlbare Reformen in der Bundesrepublik durchzusetzen: Weg mit der Arbeitslosigkeit! Weg mit den Berufsverboten! Weg mit der Wohnungsnot! Andernfalls streicht die Bevölkerung der neuen Bundesländer sofort vollständig und einseitig die Wirtschaftshilfe. Sollen die West-Konzerne dann doch sehen, wo sie ihre Smarties verkaufen! Bloß, ich habe so meine Bedenken, ob die Sache auch klappen wird. Es gibt näm-

lich da unten jetzt Familien, die sind westlicher als wir Wessis, die suchen zum Beispiel Ostern nur noch Westeier. In Thüringen, da kenn ich welche, die essen Original Thüringer Rostbratwürste nur noch dann, wenn sie garantiert aus Dortmund kommen. Ost-Erdbeeren? Igitt, die sind ja rot! Nur noch Westgemüse läuft. Diese radioaktiv bestrahlten Obstattrappen mit dem edlen Flair frischer Papppe. Gemüse-Zombies, wie der Fachmann sagt. Die kosten das dreifache, sind aber eingeschweißt. Man muß eben auch den Nährwert der Folie mitrechnen...

Das ganze ist offensichtlich ein Verpackungsproblem. Uralt. Darüber hat ja schon Karl Marx geschrieben -Entschuldigung, ich kann mich nicht daran gewöhnen: Karl Chemnitz. Er ist ja umgetauft worden. Irgendwie wäre es mir ehrlicher erschienen, man hätte Karl-Marx-Stadt direkt in Karstadt umbenannt. Das hätte immerhin Farbe gespart, und ideologisch wäre es auch sauber: Die Kaufhauskonzerne haben schließlich nichts zu verlieren als ihre Ketten.

Also dieser Karl Chemnitz, Altstalinist, - solche Leute nennt man laut BILD ja Stalinisten, und der lebte vor Stalin, muß folglich Altstalinist sein - dieser Karl Chemnitz hat das schon gewußt: Das Design bestimmt das Bewußtsein. Zitat Ende.

Früher, noch bis ins 20. Jahrhundert hinein, nannte man nämlich jemanden, der in fremden Auftrag treuhänderisch ein Land verwaltete, schlicht Landverweser. Finden Sie nicht auch, die deutsche Sprache kann manchmal ganz schön prägnant sein. Und über Arbeitslosigkeit unterhalten wir uns im nächsten Beitrag.



**Der »blickpunkt« darf
nicht verstummen!
Jede Spende hilft!**

Cuba braucht Solidarität

Die Auflösung der Sowjetunion zum Jahresende 1991 bedeutet wohl das endgültige Aus für jegliche wirtschaftliche und politische Unterstützung Cubas aus dieser Region. Um so wichtiger ist jetzt die Fortsetzung der materiellen Solidarität mit Cuba, wie sie zum Beispiel mit der Aktion "Ein Tanker Öl für Cuba" seit einiger Zeit auch von der DKP geleistet wird. Und es braucht sicherlich auch eine Verstärkung der Kampagne zur Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen, die vor allem die USA gegen die Insel vor ihren Toren verhängt haben.

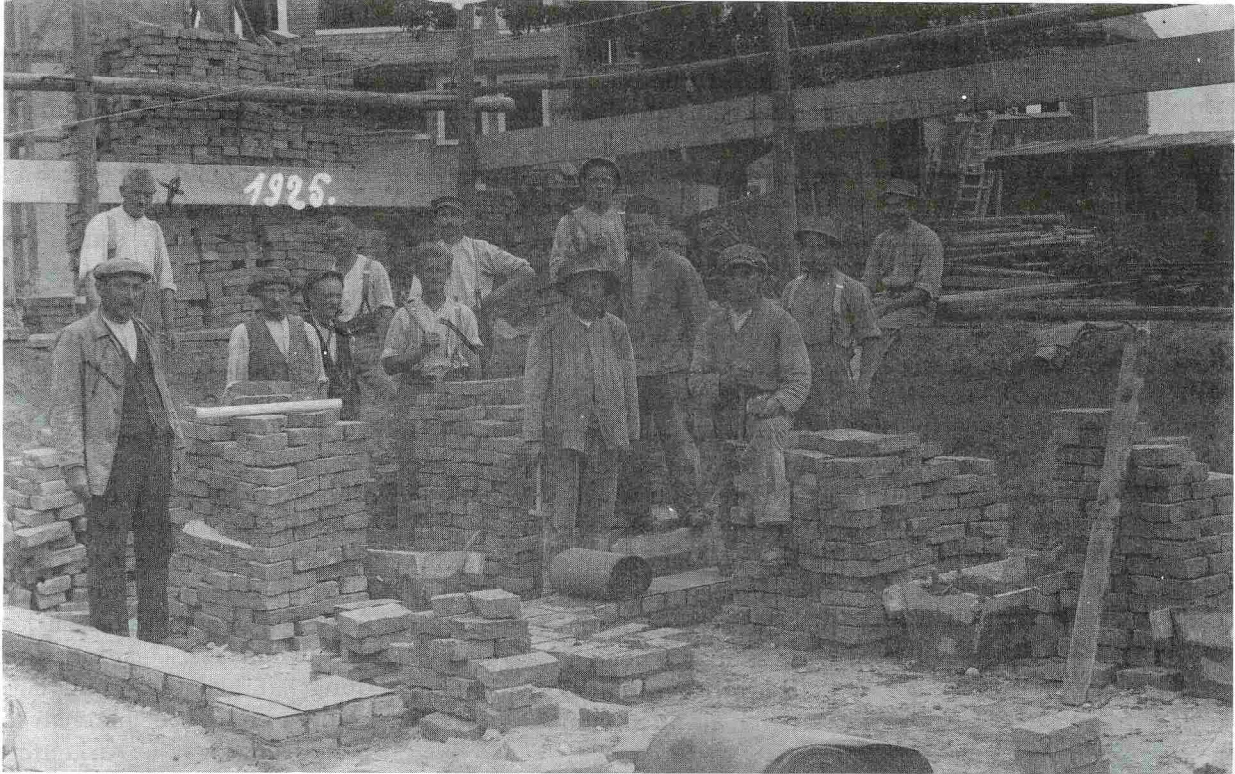
Cuba ist immer noch eine angesehene politische Kraft - vor allem in den Ländern Lateinamerikas. Das hat etwas mit sozialen - wenn nicht sozialistischen Errungenschaften des Landes zu tun. Die Leistungen im Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitswesen sind bemerkenswert, das bestätigen sogar CDU-Leute. Eine Kurzmeldung dieser Tage unterstreicht das: "Die Säuglingssterblichkeitsrate in Kuba blieb 1991 trotz großer ökonomischer Probleme die niedrigste in Lateinamerika." Das sollte nach meiner Meinung auch so bleiben - gerade vor dem 500. Jahrestag der "Entdeckung" Amerikas.

Bei aller - womöglich berechtigten - Kritik an der Regierung Cubas und der Persönlichkeit Fidel Castro wegen Unterdrückung oppositioneller Kräfte und Menschenrechtsverletzungen bin ich davon überzeugt, daß das cubanische Volk nicht glücklicher wäre, wenn ein "freies" Havanna wieder wie früher Spielhölle und Bordell der Amerikaner wäre, wo sich die Mafia tummelt.

Viel Phantasie gehört allerdings nicht dazu, sich eine solche Entwicklung vorzustellen, wenn man in die ehemals "sozialistischen" Länder Mittel- und Osteuropas sieht.

Vernünftigerweise sollte die internationale Solidarität - ein altes Prinzip der Arbeiterbewegung - so stark werden, daß Cuba seine nationale Unabhängigkeit behält und seinen Weg zum Sozialismus demokratisch weitergehen kann. Gerd Schulmeyer

Stadtgeschichten



13 Maurer bei der Arbeit - nein, sie blickten auf, als der Fotograf sich bemerkbar machte. Das Foto entstand im Jahre 1925. Wo sich die Baustelle befand konnten wir noch nicht erfahren, jedoch wissen wir, daß sich auf diesem Bild mindestens vier Mörfelder befinden, nämlich der Vater Philipp Schaffner (ganz links) mit seinen drei Söhnen, Konrad Schaffner (über ihm stehend), Karl Schaffner (dritter von links) und Philipp Schaffner, in Mörfelden noch bekannt als "Konsum-Schaffner", (sechster von links). Man war gerade dabei die Kellerfundamente zu mauern. Die Isolierpappe war bereits ausgerollt.

Bauarbeiter ist zwar auch heute noch ein schwerer Beruf, aber mit den Bedingungen von damals nicht zu vergleichen. Es gab noch keinen Acht-Stunden-Tag und keine 38-Stunden-Woche. Viele Baustellen waren ohne Unterkunftsräume, auf anderen Baustellen waren Unterkunftsräume zugleich Kalk- und Werkzeugbuden. Die Bauarbeiter hatten keinen Schutz bei Wind- und Regentagen und von Urlaub war keine Rede. Beim Einsetzen der schlechten Winterzeit schickte man die Bauarbeiter oft von November bis März, ohne jede Unterstützung, nach Hause.

Viele Verbesserungen und Rechte haben sich die Bauarbeiter mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft inzwischen mühsam erkämpft.



Veränderung in der DKP-Stadtverordnetenfraktion

Friedl Küspert, seit März 1989 DKP-Stadtverordnete, legte zum Jahresende 1991 ihr Mandat nieder. Die DKP Mörfelden-Walldorf dankt ihr für ihre langjährige Arbeit im Sozialausschuß und anderen Bereichen der Kommunalpolitik. Neu in der DKP-Fraktion ist ab Januar 1992 Gerd Schulmeyer, Vorsitzender der DKP Wohngebietsgruppe.

Auch 1992 bereitet das Maikomitee die diesjährigen Maiveranstaltungen in Mörfelden und Walldorf vor. Wie in den vergangenen Jahren wird es eine "Maizeit" geben. Eine Vorabendveranstaltung wird im Saal des Waldenserhofes stattfinden und am 1. Mai wird ins Mörfelder Bürgerhaus zur Kundgebung mit Kulturprogramm und anschließendem Maifest eingeladen. Die DKP Mörfelden-Walldorf wird als Mitglied des Maikomitees auch in diesem Jahr in Vorbereitung und Durchführung der Maiveranstaltungen aktiv mitarbeiten. Die weiteren Treffen des Maikomitees sind jeweils freitags am 14. Februar, 13. März und 10. April um 20.00 Uhr im Naturfreundehaus.